

SYMBADISCHE STIMME

Zeitung für den Landkreis

14-tägig zur Landtagswahl

Ausgabe Nr. 5 | 19. Februar 2021



Foto: ijaab / freepik.com

Auf nichts warten Gastronomen sehnlicher als auf die Öffnung ihrer Lokale

Raus aus dem Lockdown – jetzt!

Für die Wiederbelebung der Wirtschaft fordern wir einen sofortigen Ausstieg aus dem Lockdown

Bad Schönborn

Wo ist der beweisbare Nutzen für das Tragen einer Maske? Ist der Lockdown erfolgreich? Welchen Zweck hat die Ausgangssperre? Inwiefern steigt bei einem nächtlichen Spaziergang die Ansteckungsgefahr?

Die Antworten auf diese Fragen belegen die Erfolglosigkeit der Politik des

Lockdown, deshalb: Lockdown sofort beenden!

Was besagen die vielen Tests? Wer hat den Nutzen vom Verkauf der Tests?

Aufgrund der sinkenden Inzidenzzahlen ist ein sofortiges Umsteuern geboten. Wir brauchen wieder Leben in den Gemeinden und in den Innenstädten, wir brauchen den Einzelhandel und die Gastronomie, wir wollen wieder Reisen und einen vernünftigen Tourismus erleben.

Der Schaden durch den Lockdown, die Angst vor Covid-19 und seinen Mutationen ist deutlich größer als die Gefährdung durch eine Erkrankung. Wir müssen deshalb vor allem Risikogruppen schützen, aber Kinder und Jugendliche wieder in die Schule schicken. Die Lücken im Schulstoff sind bereits nachweisbar und nicht mehr aufzuholen. Das Bildungsniveau hat einen historischen Tiefstand erreicht. Deshalb zurück zum Präsenzunterricht an Schulen und Universitäten!

Wir fordern das sofortige Beenden des Lockdowns, das Öffnen aller Restaurants und Geschäfte. Es gibt keine Belege dafür, dass in Gaststätten, in Baumärkten und Bekleidungsgeschäften eine erhöhte Ansteckungsgefahr gegeben ist.

Dr. Rainer Balzer

Unterstützen Sie eine bessere Politik mit einer Spende an

AfD Karlsruhe–Land
Wahlkreis Bruchsal
Volksbank Bruhrain-
Kraich-Hardt eG, IBAN:
DE67 6639 1600 0039 0179 11

Herzlichen Dank!

Bitte bedenken Sie: Spenden an Parteien sind meist von der Steuer absetzbar.

Heute außerdem:

Grünes Häuslebauverbot S. 2
Ruth Rickersfeld S. 3
Grüne Verbotspartei S. 4

**Die nächste Ausgabe
erscheint am
5. März 2021**



Foto: privat

Aus der Traum vom Bau des eigenen Hauses – wenn es nach den Grünen geht

Kein Verbot für den Einfamilienhausbau!

*In Hamburg-Nord haben die Grünen ein Verbot bereits durchgesetzt.
Wenn wir nicht gegensteuern, droht uns das auch.*

Stuttgart – Hamburg

Die grüne Bezirksregierung und die Stadt Hamburg haben beschlossen: Einfamilienhäuser werden nicht mehr gebaut. Sie benötigen zu große Flächen, zu viel Baumaterial und haben angeblich eine schlechte Energiebilanz. Die Bebauungspläne in den Stadtteilen Fuhlsbüttel und Langenhorn wurden schon angepasst. Die Bezirksregierung sagt: Man müsse höher bauen, also mehr Plattenhilfen und Hochhäuser, um mehr Menschen „unterzukriegen“.

Dies entspricht dem Parteitagebeschluss (nicht der SED) zur „Bauwende“ von 1919. Das grüne Wohnideal ist also die sozialistische Plattenbausiedlung der DDR. Der freie Mensch braucht zu viel Platz und zu viele Ressourcen.

Wir, die AfD, sind der Meinung, dass die Lebensform der Zukunft nach wie vor die Familie aus Mann, Frau und Kindern ist. Und viele Familien träumen vom eigenen Haus mit Garten, der eigenen Garage mit dem eigenen Fahrzeug.

Unabhängigkeit und freie Verfügbarkeit über die Fläche, der Besitz und

das Auto machen stolz. Dies sorgt für einen klaren freien Geist – und das mögen grüne Vordenker gar nicht. Sie bevorzugen den vereinzelt lebenden Menschen. Dieser Trend wird durch einen Wohnungsbau mit immer kleineren Einheiten gefördert. In vielen Städten liegt der Anteil der Singlehaushalte inzwischen über vierzig Prozent.

Einzelne Menschen ohne soziale Bindung sind abhängig von Obrigkeiten und der Gesellschaft. Sie sind manipulierbar und der öffentlichen Repression ausgeliefert.

Die Oberen in der DDR wussten um die Vorzüge der sozialen Kontrolle der Menschen in den Plattenbauten. In der DDR wurde der Einfamilienhausbesitzer diffamiert und bei der Zulieferung von Baustoffen benachteiligt. Es wurden praktisch keine neuen Einfamilienhäuser gebaut.

In George Orwells „1984“ und Aldous Huxleys „Schöner neuer Welt“ können Sie erstaunliche Parallelen zur Gegenwart feststellen. Gemein ist den aus Demokratien entstandenen totalitären Systemen auch, dass der Mensch „vereinzelt“ lebt, die Familienbande bedeutungslos geworden sind, er kein eigenes Mobilitätsbewusstsein mehr haben darf, einen organisierten struk-

turierten Alltag vorgesetzt bekommt und dabei strenge Konsumbeschränkungen einhalten muss. Das Leben findet in kleinen Appartements, in schäbigen Mietskasernen statt.

Die Ziele der Grünen kommen diesem Szenario bedenklich nahe.

Dr. Rainer Balzer

Eigentum sorgt für einen freien Geist

*So wollen wir den
Erwerb und den Bau
von Eigenheimen in
Baden-Württemberg
fördern:*

- Steuerliche Förderung des Erwerbs von Wohneigentum insbesondere für Familien
- Landesbauordnung entschärfen und das Bauen günstiger machen
- Maximale Bebauungshöhen vorsehen
- Innerstädtische Verdichtungen vermeiden
- Reduktion des Wohnungsbaus in mehrstöckigen Gebäuden



Ruth Rickersfeld ist seit 2019 Stadträtin in Waghäusel

Fünf Punkte für eine bessere Politik

Für eine lebenswerte und sichere Zukunft nach Recht und Gesetz

Waghäusel

Liebe Mitbürger, ich bin Ihre Ersatzkandidatin im Wahlkreis Bruchsal. Ich wurde 1966 in Karlsruhe geboren, bin Betriebswirtin (VWA) und Verwaltungsfachangestellte. Ich bin verheiratet und Stadträtin in Waghäusel seit 2019. Meine politischen Themen sind:

1. Naturschutz

Wir wollen den übermäßigen Flächenverbrauch stoppen. Die Zersiedelung der Landschaft zerstört unsere Zukunft und wirkt sich negativ auf die Ökobilanz aus. Die Böden in unserem Land gehören zu den besten weltweit und müssen für die Landwirtschaft erhalten bleiben. Die Zerstörung der Wälder durch den Bau von unwirtschaftlichen Windkraftanlagen verhindert die CO₂-Umwandlung. Immer weniger Bäume können die für uns notwendige Feuchtigkeit erzeugen.

2. Arbeitsplätze

Die Automobilindustrie und ihre Zulieferbetriebe müssen als Motor der Wirtschaft erhalten und gestärkt werden. Wir wollen daher die Entwicklung

von Wasserstoffantrieben anstatt von E-Mobilität fördern. Zum Erhalt von Arbeitsplätzen und zur Rettung unserer Wirtschaft fordere ich ein Ende des unsäglichen Lockdowns.

3. Klimaschutz

Maßnahmen zum Klimaschutz dürfen nicht die Wirtschaft und damit unsere Zukunft zerstören. Die Stromversorgung und damit die Grundlage unserer Zivilisation darf nicht gefährdet werden. Wir brauchen daher einen ideologiefreien Klimaschutz mit Maß und Verstand.

4. Bezahlbarer Wohnraum

Der Druck auf den Wohnungsmarkt muss verringert werden, indem die unkontrollierte Masseneinwanderung gestoppt wird. Ökologische Aufwertung der Gebäude und Vorschriften für Neubauten nur mit Augenmaß und ohne das Wohnen noch teurer zu machen.

5. Sicherheit

Die Polizei muss personell und in der Ausrüstung besser ausgestattet werden. Den Beamten müssen für Krisensituationen Handlungsrechte gegeben werden.

*Klimaschutz ja –
aber ohne die Wirtschaft zu zerstören*

Ruth Rickersfeld

Bürgerdialog vor Ort

**Mittwoch 24.02. und
Samstag 27.02.:**

- *Langenbrücken*, Parkplatz Rathaus, 11:00 Uhr
- *Mingolsheim*, Friedrichstr. 1, 11:45 Uhr
- *Kronau*, Kirchstr. 1, 12:30 Uhr
- *Östringen*, Steinacker I 2/6, 13:15 Uhr
- *Odenheim*, Michaelstr. 3, 14:00 Uhr
- *Tiefenbach*, Rathaus, 14:45 Uhr

**Mittwoch 03.03. und
Samstag 06.03.:**

- *Wiesental*, Mannheimer/Philippburgerstr., 11:00 Uhr
- *Waghäusel*, Platz am Rathausbrunnen 11:45 Uhr
- *Kirrlach*, Am Alten Rathaus, 12:30 Uhr
- *Philippsburg*, Marktplatz/Rote-Torstr., 13:15 Uhr
- *Huttenheim*, Philippsburgerstr./Rheinstr., 14:00 Uhr
- *Rheinsheim*, Ahornstr./Hauptstr., 14:45 Uhr
- *Oberhausen*, Adlerstr. 3, am Brunnen, 15:30 Uhr
- *Rheinhausen*, Tullastr./Rheinstr., 16:15 Uhr

Sie sind herzlich zu einer Diskussion eingeladen. Ich freue mich auf Sie!





Straßengrafik: lightsauce/depositphotos.com, Schild: alano design/freepik.com

Foto: Rascher

Die Grünen und ihre Verbote

Die Grünen wollen privates Feuerwerk, Verbrennungsmotoren, Erdgas, Fastfood-Werbung, den Bau neuer Autobahnen und Bundesstraßen, SUVs, Osterfeuer, Kurzstreckenflüge, Luftballons, W-LAN, Nachtangeln, Limonade an Schulen, Gummireifen, Streaming, E-Zigaretten, den Verfassungsschutz – und endlos vieles mehr verbieten.

Dr. Rainer Balzer ist Landtagsabgeordneter seit 2016

Wer Grün wählt, wählt den Weg in eine Diktatur

Wie die Grünen unter dem Öko-Label unsere Freiheit untergraben

Bad Schönborn

Es ist Zeit aufzuwachen! Wer Grün wählt, wählt den Weg in die Diktatur unter dem Label der Ökologie.

Sie wollen nicht mehr Auto fahren und nicht mehr selbstbestimmt unterwegs sein? Sie wollen gesagt bekommen, was Sie zu essen und wie Sie zu wohnen haben? Dann sind Sie bei den Grünen richtig. Der Große Bruder, der vom großen Flachbildschirm in jedes Wohnzimmer blickt, – nicht im Jahre 1984, sondern im Jahre 2022, also nächstes Jahr – sagt es Ihnen.

Um was geht es den Grünen? Um diktatorische Maßnahmen zu Gunsten der Umwelt. Doch wer oder was ist das, die angeblich zu schützende „Umwelt“?

Sie erinnern sich an die damals noch lächerlich erscheinende Diskussion um den Veggieday, den guten Tag ohne Fleisch? Sie erinnern sich, dass Christen aus Glaubensgründen an Freitagen kein Fleisch gegessen haben? Dann müssten Sie auch wissen, dass die Grünen uns fleischlose Tage aus

ökologischen Gründen vorschreiben wollen. Was ist gesunde Ernährung? Das, was die grünen Führungsköpfe uns vorgeben. Ob die Farbe grün hier gerechtfertigt ist, darf nicht einmal mehr hinterfragt werden.

Das menschliche Leben an sich ist für die Grünen eine ökologische Sünde. Deshalb muss das Kohlendioxid besteuert werden und zwar so hoch, dass die Menschen umdenken müssen. Jetzt wird das emittierte CO₂ unserer Autos besteuert. Wann wird die ausgeatmete Luft der Menschen, die auch CO₂ enthält, besteuert? Das fragen Sie am besten Herrn Kretschmann, denn „Er weiß, was wir können“.

Dieser Spruch auf einem Wahlplakat ist anmaßend und unverschämte. Der mündige Bürger, der wir bisher angeblich sein durften und sein wollten, von dem man zur Zeit der Gründung der Bundeswehr sogar als Gesetzgeber sprach, ist damit Vergangenheit. Der grüne Ministerpräsident, der Große Bruder weiß, was wir können – offenbar besser als wir selbst!

Immerhin ein Drittel der Bürger haben auch hier im Landkreis die grüne

Verbotspartei gewählt. Dabei wollten die Grünen doch die Partei „der Ermöglichung“ sein – so das Team Baerbock&Habeck!

Der grüne Parteitagsschluss sieht ein Förder- und Ordnungsrecht vor wie in der DDR: Man spricht von Wertschätzung, Gleichheit und positiver Gestaltungskraft, meint aber das Gegenteil. Für Habeck sind Verbote die Bedingung für Freiheit und man solle aufhören, vor diesem Wort Angst zu haben. Jeder kann also wissen, was die Grünen vorhaben.

Es ist Zeit, aufzuwachen.

Dr. Rainer Balzer

Für Habeck sind Verbote eine Bedingung für Freiheit. Wie bitte?

Impressum:

Dr. Rainer Balzer MdL
76669 Bad Schönborn
im Landtag: Konrad-Adenauer-Str. 3
70130 Stuttgart
0711 2063-5612
rainer.balzer@afd-bw.de

